



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Umwelt
Bundesamt



Handlungsstränge

Stand Januar 2020

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)
Arbeitsgruppe WR I 1, 53175 Bonn

Redaktion

BMU, Arbeitsgruppe WR I 1
UBA, Fachgebiet II 2 1

Fachliche Bearbeitung / Beratung

Fresh Thoughts Consulting GmbH, Wien
Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH -UFZ, Leipzig
team ewen GbR, Darmstadt

Gestaltung

3f design, Darmstadt

Bildnachweise

Titelseite: © Barabanschikov –fotolia.com

Stand

Januar 2020

1. Auflage

Hinweis

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU). Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Gedruckt auf Recyclingpapier.

Inhalt

1.	Definition Handlungsstrang	4
2.	Vorschlag Handlungsstränge	5
3.	Zuordnung der Handlungsstränge zu den Clustern	9

1. Definition Handlungsstrang

Ein Handlungsstrang fasst jeweils eine Anzahl der von den Teilnehmer*innen des Nationalen Wasserdialogs eingebrachten und thematisch zusammenhängenden Handlungserfordernisse und fokussiert sie auf eine handhabbare Gruppe von Handlungen. Diese Handlungen dienen der Erreichung der operativen und strategischen Ziele. Sie können clusterspezifisch oder clusterübergreifend sein. Die Einordnung der Handlungsstränge innerhalb des strategischen Vorgehens der Wasserdialoge ist in folgender Abbildung schematisch dargestellt. Der Handlungsstrang liegt somit zwischen einem oder mehreren operativen Zielen und den eingebrachten Handlungserfordernissen und verknüpft diesen beiden Ebenen.

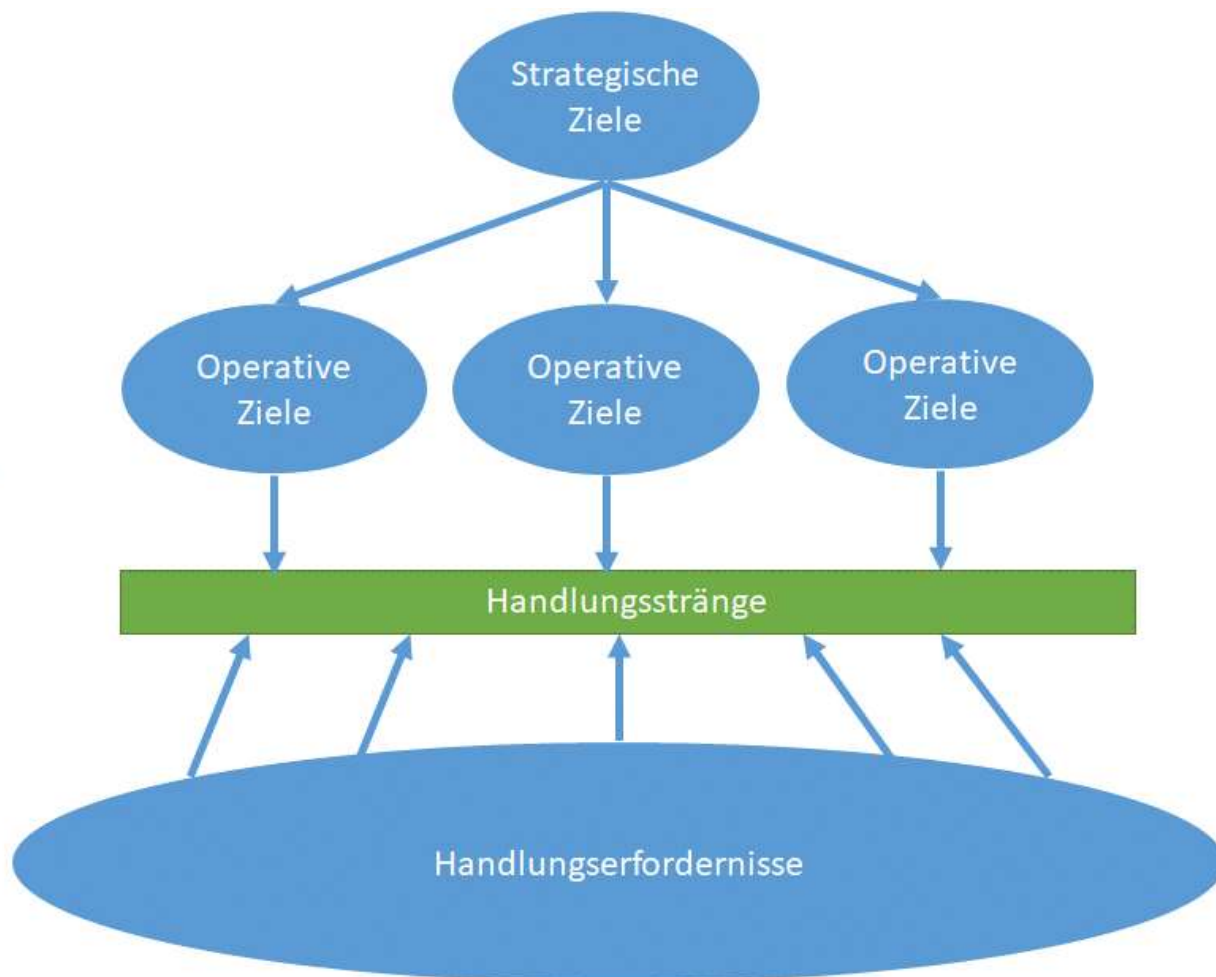


Abbildung 1: Entstehung der Handlungsstränge

In der folgenden Tabelle finden sich die Vorschläge für Handlungsstränge, die auf der Basis der Handlungserfordernisse und im Lichte der operativen Ziele erarbeitet wurden. Im 4. Wasserdialog sollen diese inhaltlich weiterentwickelt und ggf. ergänzt sowie hinsichtlich der Akteure und des Zeitrahmens konkretisiert werden.

2. Vorschlag Handlungsstränge

Handlungsstrang	Akteure, Federführung	Mitwirkende Akteure	Zeitraumen
HS 1: Es sollen Fördermöglichkeiten geprüft werden mit dem Ziel, mittelfristig ein Förderprogramm „Zukunftsfähige und nachhaltige Wasserwirtschaft“ zur Unterstützung von Transformationsprozessen zu schaffen. Damit sollen Prozesse und Projekte angestoßen und flankiert werden, die die Nachhaltigkeit, die Multifunktionalität und die Anpassung von wasserbezogenen Infrastrukturen in städtischen und ländlichen Räumen beispielgebend umsetzen. Die Erfahrungen aus diesen Prozessen und Projekten werden in einem Handbuch „Nachhaltigkeit des Wassersektors: Rahmenkonzepte und langfristige Wasserinfrastrukturplanung“ zusammengetragen und als Grundlage für investive Maßnahmen genutzt. Verschiedene Akteure tragen mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen zu diesem Handbuch bei.			
HS 2: Es wird eine „Analyse der bestehenden und erwarteten Wassernutzungskonflikte“ (Quantität, Qualität, Fläche) in Deutschland sowie ein „Maßnahmenkatalog zur Vermeidung und Reduzierung von Wassernutzungskonflikten“ erarbeitet, der den beteiligten Akteuren klare Vorschläge zur praktischen Lösung dieser Konflikte darlegt. Der Prozess wird in enger Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren durchgeführt und wertet Erfahrungen aus der Praxis aus.			
HS 3: Es wird eine Bestandsaufnahme und Datengrundlage zu Niedrigwasser und Dürre in Deutschland sowie zum aktuellen Forschungsstand zur voraussichtlichen zukünftigen Entwicklung erarbeitet. Dies ist die Basis für die Entwicklung eines sektübergreifenden strategischen Ansatzes zum Niedrigwasser- und Dürremanagement unter Beachtung der hydrologischen Zusammenhänge (z. B. Fließgewässer/Grundwasser). Die im Diskussionsprozess mit den für die Umsetzung zuständigen Ländern sowie anderen relevanten Akteuren entwickelten Ansätze/Maßnahmen (z. B. Priorisierung oder Beschränkung von Nutzungen) werden umgesetzt.			
HS 4: Die Option eines Förderprogramms zur Klimaneutralität und Ressourcenschonung in Abwassersystemen wird geprüft. Dabei sollen die Erfahrungen aus den Fördermaßnahmen genutzt werden sowie der rechtliche Rahmen mit dem Ziel überprüft und ggf. angepasst werden, um für die entsprechende Umstellung der Systeme stabile und Anreize setzende Bedingungen zu schaffen. Alle daran Beteiligten schaffen			

Lern- und Austauschprozesse, um die technische, ökonomische und rechtliche Grundlage der Umstellung kontinuierlich zu entwickeln und die flächendeckende Umsetzung klimaneutraler und ressourcenschonender Lösungen voranzutreiben.			
HS 5: Aufbauend auf den Ergebnissen der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ soll gezielt die Startphase („Startprämie“/Anschubfinanzierung) von neuen interkommunalen Kooperationen für die Wasserver- und Abwasserentsorgung gefördert werden. Hierdurch sollen Kompetenzen und Kapazitäten regional gebündelt werden, um wirtschaftliche, sozial verträgliche, und ökologisch zukunftsfähige Lösungen planen und umsetzen zu können. Dabei ist die Gesamtheit der möglichen Maßnahmen in den Blick nehmen (z. B. auch dezentrale und/oder naturbasierte Lösungen). Die Förderung bedingt den Austausch mit bestehenden interkommunalen Verbünden.			
HS 6: Die bestehenden Regelungen zur guten fachlichen Praxis (gFP) in der Landwirtschaft werden im Rahmen eines Verbundforschungsprojektes mit Begleitung eines Forschungsbeirates in einem „Handbuch für gewässerschonende Landnutzung“ für Wasserversorger und Landwirtschaft zusammengefasst. Es soll das gemeinsame Verständnis aller Beteiligten für eine konsequente Umsetzung der guten fachlichen Praxis erhöhen. Dabei werden auch der Klimawandel und die Verstärkung von Extremereignissen wie Starkregen und Dürre integriert betrachtet.			
HS 7: Es wird ein interdisziplinäres Rahmenkonzept entwickelt, das Kriterien und Orientierungen für eine regional differenzierte agrarische Landnutzung bereitstellt. Dieses Konzept beinhaltet die Integration von Klima-, Umwelt- und Naturschutzaspekten unter Berücksichtigung der Anpassung an den Klimawandel und gibt Empfehlungen für die Auswahl jeweils regional geeigneter Bewirtschaftungsformen. Diese konzeptionellen Arbeiten werden durch einen Beirat begleitet, in dem die relevanten Akteursgruppen und Wissenschaftsdisziplinen vertreten sind.			
HS 8: In einem intensiven moderierten Dialog zwischen den entlang der Produktions- und Vermarktungsketten relevanten Akteuren werden Lösungen zur Stärkung der Produktion und Vermarktung von gewässerschonenden landwirtschaftlichen Produkten erarbeitet und vereinbart.			
HS 9: Im Rahmen der Umsetzung der europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik wird der Aufbau einer gemeinsamen Datengrundlage von landwirtschaftlichen und wasserbezogenen Daten als Basis für die Reduktion der landwirtschaftlichen Gewässerbelastung, zur			

Vermeidung von Zielkonflikten im Rahmen der Flächennutzung und zur Planung des zukünftigen Bewässerungsbedarfes vorangetrieben.			
HS 10: Im Rahmen der europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik erfolgt unter Berücksichtigung des Verursacherprinzips die Umorientierung landwirtschaftlicher Fördermittel in Richtung Ökosystemdienstleistungen und Umweltbelastungen reduzierender Landwirtschaft (z.B. durch Digitalisierung) mit dem Ziel einer Umstellung auf eine regional differenzierte, umweltgerechte agrarische Landnutzung.			
HS 11: Unter Berücksichtigung und in Ergänzung der vorgeschlagenen Maßnahmen aus dem Spurenstoffdialog wird ein verbraucher- und konsumentengerechtes Konzept für die Kommunikation von Stoffrisiken und den risikomindernden Umgang mit Stoffen erarbeitet und umgesetzt. Mit Beteiligung aller Akteure der Wertschöpfungskette werden Maßnahmen (z.B. Multi-Barrieren-Prinzip) zur Minderung von Einträgen Risikostoffen erarbeitet.			
HS 12: Im Rahmen der wissenschaftlichen Forschung wird eine bundesweite Bilanz über Einträge, Wege und den Verbleib von Stoffen, Stoffgruppen, Keimen und Partikeln in Gewässern erarbeitet. Zusätzlich wird eine bundesweite Datenbank entwickelt, in der diese Ergebnisse sowie weitere Daten von Einträgen (beispielsweise aus industriellen und kommunalen Abwasserbehandlungsanlagen) für eine breite Anwendung in Wissenschaft und Praxis zusammengefasst sind.			
HS 13: Unter Mitwirkung aller beteiligten Akteuren entlang der Wertschöpfungskette werden Maßnahmen zur Minderung von Einträgen von (Mikro-) Plastikpartikeln und multiresistenten Keimen im Sinne des Multi-Barrieren-Prinzips erarbeitet. Hierzu sind auch die für die Umsetzung notwendigen ökonomischen und rechtlichen Instrumente zu berücksichtigen.			
HS 14: Die Wasserwirtschaft und Bildungsinstitutionen stellen Lernorte zur Verfügung (z. B. Kläranlagen, Renaturierungsprojekte, Wasserwerke, Wassererlebnishaus), die zielgruppenspezifisch vom Vorschulalter bis zum Studium wasserbezogene Allgemeinbildung vermitteln und die Attraktivität der sektorenspezifischen Berufsbilder fördert (Nachwuchsförderung).			
HS 15: Für die Umsetzung der hydromorphologischen Maßnahmen an den Gewässern ist eine Strategie zu entwickeln, um Maßnahmenträgern und der			

Öffentlichkeit den Nutzen (Ökosystemleistungen) dieser Maßnahmen durch spezifische Kampagnen zu vermitteln.			
HS 16: Im Rahmen der Bewirtschaftungs- und Maßnahmenplanung für die Flussgebietseinheiten werden strategische Fahrpläne (Vollplanung und Priorisierung) für die Umsetzung der für die Erreichung eines guten Gewässerzustands erforderlichen hydromorphologischer Maßnahmen (Durchgängigkeit, wasserwirtschaftlicher Ausbau) abgestimmt und umgesetzt.			
HS 17: Auf kommunaler Ebene wird die flächenbezogene Maßnahmenplanung (hydromorphologische Maßnahmen; Auenrevitalisierung) zur Gewässer- und Auenentwicklung so aufgebaut, dass sie kompatibel in die Raum- und Flächennutzungsplanung integriert werden kann. Dabei ist zu prüfen, welche rechtlichen Vorgaben zur planerischen Berücksichtigung von Flächen für die Gewässerentwicklung in der Raum- und Flächennutzungsplanung (Gewässerentwicklungskorridore) vorliegen müssen.			
HS 18: In Kooperation von Bund, Ländern und weiteren Akteuren wird eine Toolbox erarbeitet, die angepasste administrative und partizipative Organisationsstrukturen und Modalitäten für die Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Ebenen für komplexe wasserwirtschaftliche Herausforderungen aufzeigt (z. B. Digitalisierung, agile Verwaltung, Steuerungsgruppen). Ein Peer Review (z. B. im Rahmen des OECD Water Governance Programms) der wasserwirtschaftlichen Verwaltungs- und Entscheidungsstrukturen könnte hierfür Grundlagen, wichtige Hinweise und Ansatzpunkte liefern.			
HS 19: Auf regionaler Ebene sind unter Einbindung aller relevanten Akteure Zielsetzungen für einen gebietsbezogenen, naturnahen Wasserhaushalt vor dem Hintergrund klimatischer Änderungen und den Nutzungen abzuleiten. Dafür sind mögliche Abstimmungs- und Steuerungsinstrumente, wie regionale „Wassertische“ und „Wasserbeiräte“ zu prüfen und konzeptionell vorzubereiten.			
HS 20: Der Personalbedarf in den Fachämtern/-dienststellen wird bundesweit systematisch erhoben und basierend darauf werden gemeinsam mit Ausbildungsstätten und Berufsverbänden geeignete Konzepte erarbeitet, wie dieser Bedarf zukünftig gedeckt werden kann. Dabei werden auch die Anforderungen aus der Digitalisierung mitgedacht.			

3. Zuordnung der Handlungsstränge zu den Clustern

	Cluster „Ver-netzte Infra-strukturen“	Cluster „Risi-kofaktor Stof-feinträge“	Cluster „Land-wirtschaft und Verbraucher-schutz“	Cluster „Ge-wässerent-wicklung und Naturschutz“	Cluster „Was-ser und Gesell-schaft“
HS 1	x	x	x	x	
HS 2	x	x	x	x	
HS 3	x	x	x	x	
HS 4	x				
HS 5	x				
HS 6		x	x		
HS 7			x	x	
HS 8			x		x
HS 9			x	(x)	
HS 10		x	x		x
HS 11		x			x
HS 12		x	x		
HS 13	x	x			
HS 14					x
HS 15				x	x
HS 16				x	
HS 17	x			x	
HS 18	x	x	x	x	x
HS 19			x	x	
HS 20					x

